

Gewalt gegen Wahlbehörden im Donbass

Zunehmende Überfälle auf Wahlkommissionen und Abstimmungslokale vor den ukrainischen Präsidentenwahlen

Im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 25. Mai haben die ostukrainischen Separatisten ihre Bemühungen verstärkt, den Prozess zu torpedieren. Vermehrt werden Angehörige von Wahlkommissionen bedroht.

Rudolf Hermann, Prag

In den ostukrainischen Gebieten Donezk und Luhansk, die sich seit den dubiosen «Volksabstimmungen» vom letzten Sonntag als von der Ukraine unabhängig betrachten, sind in den letzten Tagen vermehrt Fälle von Einschüchterung und gar Entführung von Vertretern der ukrainischen Wahlbehörden registriert worden. Das Ziel der bewaffnet auftretenden Separatisten besteht offensichtlich darin, eine reguläre Abhaltung der ersten Runde der vorgezogenen Präsidentenwahlen vom 25. Mai zu erschweren oder gar ganz zu verunmöglichen.

Klima der Angst

Die Internetzeitung «Ukrainska Prawda» schrieb am Freitag unter Berufung auf den Leiter der zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtungs-Organisation Komitet Isbiratelej (Wahlkomitee), Oleksandr Tschernenko, dass in der Stadt Luhansk der Chef des Wahlkreises 106 von bewaffneten Kämpfern entführt worden sei. Ein Versuch der Separatisten, auch des Leiters des Wahlkreises 105 habhaft zu werden, sei gescheitert, weil dieser weder im Wahllokal noch bei sich zu Hause gewesen sei. In der Region Luhansk seien Wahllokale in den Städten Krasni Lutsch und Antrazit von Separatisten besetzt worden, im Donezker Gebiet eines in der Stadt Donezk selber und eines in der Region Kramatorsk.

Ob die Separatisten stark und zahlreich genug sind, die Präsidentenwahlen durch extensive Besetzung von Wahllokalen ganz zu verhindern, ist offen. Hingegen scheinen sie in der Lage zu sein, allein schon durch die Verbreitung von Angst im Vorfeld des Urnengangs diesen zu gefährden. Die Vorsitzende eines Wahlbezirks in Luhansk äusserte sich dazu in einer Reportage der «Kyiv



Die prorussischen Separatisten versuchen, die Parlamentswahlen im Osten der Ukraine zu torpedieren.

ROMAN PILIPEY / EPA

Post». Angesichts der Einschüchterung mache sie, die bereits zehnmal an Wahlen mitgewirkt habe, sich ernsthafte Sorgen, ob es gelingen werde, eine Kommission zu bilden. Aus Angst um ihre Sicherheit hätten zahlreiche von ihr Angesprochene eine Mitarbeit in der Wahlkommission abgelehnt. So sei es nicht sicher, ob das vom Gesetz vorgeschriebene Quorum erreicht werde.

Die Frau erzählte, wie sie und andere Mitglieder der Wahlkommission vor gut einer Woche plötzlich von ihrem Arbeitsort, untergebracht in dem Gebäude eines Kinderhorts, hätten fliehen müssen. Sie seien glücklicherweise vorgewarnt worden, dass ein sechsköpfiges bewaffnetes Kommando auf dem Weg zum Gebäude sei. Sie wusste von mehreren ähnlichen Vorfällen an anderen Orten in ihrem Wahlbezirk. Ein Vertreter der von den Separatisten ausgerufenen «Volksrepublik Luhansk» erklärte,

die Präsidentenwahlen seien illegal; es würden keine Wahllokale geöffnet. Ähnlich klingt es seitens der «Volksrepublik Donezk».

Massnahmen des Parlaments

Das Parlament in Kiew reagierte am Donnerstag mit Gesetzesänderungen auf die zunehmenden Angriffe auf Wahlkommissionen und Wahllokale. Die Massnahmen umfassen extensiven Polizeischutz für Personal und Gebäude in den letzten zehn Tagen vor den Wahlen. Auf wie viele Polizisten in der Region sich Kiew allerdings wirklich verlassen kann, ist unklar. Falls an einer bestimmten Lokalität die Sicherheit nicht zu gewährleisten ist, kann die Zentrale Wahlkommission die Verlegung eines Wahllokals an einen anderen Ort beschliessen. Der Transport der Wahlurnen soll vom Sicherheitsdienst SBU

begleitet werden. Für Oleksandr Tschernenko, den Chef des Wahlkomitees, bleibt allerdings abzuwarten, ob die vom Parlament beschlossenen Massnahmen wirklich greifen. Tschernenko sagte, auch seine Mitarbeiter müssten sich in den heiklen Regionen der Ostukraine verstecken, weil sie potenziellen Gefährdungen ausgesetzt seien.

Im Donbass, der Industrieregion Donezk-Luhansk, hat die Zentralregierung einige Gebiete laut einem Bericht des Nachrichtenportals «b.ua» praktisch gar nicht, andere nur beschränkt unter Kontrolle. Ganz durchsetzen kann sie sich auf nur etwa einem Viertel des Gebiets. Die Zentrale Wahlkommission erwägt deshalb, in gefährdeten Lokalitäten den Wählern die Stimmabgabe ausserhalb der Region zu ermöglichen, wie es im Übrigen auch für die Bewohner der von Moskau annektierten Halbinsel Krim geplant ist.